

Kurzmeldungen Sept./2017

UN-Atomwaffenverbot

122 Staaten haben bei den Vereinten Nationen in New York einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen verabschiedet. Das völkerrechtlich verbindliche Abkommen verbietet neben der Herstellung, dem Einsatz und Besitz auch die Drohung mit einem Nuklearschlag sowie die Stationierung von Atomwaffen in anderen Staaten. Bio- und Chemiewaffen sind schon lange verboten, doch der Besitz von Atomwaffen war bis heute erlaubt.

Die Atomwaffenstaaten haben die Verhandlungen boykottiert, ebenso die meisten NATO-Staaten. Der Vertrag schafft nun die Grundlage, dass künftig auch Atomwaffenstaaten kontrolliert und verpflichtet werden, mit anderen Staaten in Abrüstungsfragen zusammenzuarbeiten. Maßgebliche Initiatoren für die Aufnahme der Verhandlungen waren Österreich, Irland, Südafrika, Nigeria, Brasilien und Mexiko.

Der Vertrag wird nach aktuellem Stand ab dem 20.9.17 zur Unterschrift freigegeben. Notwendig sind 50 Ratifizierungen, damit der Vertrag 90 Tage später in Kraft tritt.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/atomwaffen-endlich-verboden.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202022.%20Juli%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 16.7.17

Verfolgung der Rohingya

Der UNO-Hochkommissars für Menschenrechte Said Raad al-Hussein hat in seinem Bericht an den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen das Vorgehen der Militärs in Birma (Myanmar) gegen die Minderheit der muslimischen Rohingya den Tatbestand der "ethnischen Säuberung" erfüllt.

Befehlshaber der Vertreibungsverbrechen an den Rohingya ist Armeechef Min Aung Hlaing, der noch in diesem Sommer offizieller Gast der Bundeswehrführung in Berlin war. Zum Vorwand für die gewaltsame Vertreibung der rund 1,1 Millionen Menschen zählenden Minderheit nehmen die Militärs den Angriff einer kleinen, selbsternannten Befreiungsarmee der Rohingya auf 20 Polizeiposten.

Quelle: taz 11.9.17, <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/010905.html>

Fluchtursachen in Afrika

Die Fluchtursachen liegen neben den Bürgerkriegen in einer rückständigen Produktivität. Heute dominieren chinesische oder EU-Agrarprodukte die afrikanischen Märkte. Gegen industriell produzierte und subventionierte Produkte aus Europa können lokale Produzenten preislich nicht bestehen. 1990 stammten beispielsweise noch 80% des in Ghana verkauften Geflügelfleisches aus heimischer Produktion. Heute sind es nur noch 10%. Ein unzureichend regulierter Handel vergrößert die weltweite soziale Ungleichheit.

Ein Drittel der weltweiten Rohstoffvorkommen liegen in Afrika. Kriminelle Netzwerke aus zwielichtigen Händlern und internationalen Großkonzernen haben sich den Zugang zu den Ressourcen gesichert und greifen die Gewinne systematisch ab.

In Ressourcenstaaten korrumpiert die Ressourcenrente die politischen Systeme dieser Staaten. So übernahmen und zerstörten chinesische Firmen die einheimische Textilindustrie in Nigeria und übernahmen die Kontrolle über den Markt. Der Markt besteht heute zu 85% aus Importen, obwohl dort der Import von Textilien eigentlich illegal ist.

Die industrielle Landwirtschaft trägt maßgeblich zum Klimawandel bei und ist weltweit der wichtigste Faktor für den Rückgang der Artenvielfalt. Das in der 3. Welt erzeugte Eiweißfutter wird

zum großen Teil nach Deutschland exportiert. Um die Ökosysteme der Erde zu schützen, muß sich die Politik für die nachhaltige Landwirtschaft einsetzen. Agrarpolitik muß die lokale Wirtschaft stärken. Die lokale Landwirtschaft führt zu kurzen Transportwegen und fördert nicht der Spekulation und Verschuldung.

Die Initiative "Compact with Africa" baut auf dem irrigen Glauben auf, dass Privatinvestitionen schon irgendwie die Lebenssituation von Menschen in Armut verbessern werden. Die deutsche Bundesregierung subventioniert über Investmentfonds private Investitionen in Afrika. Durch die Übernahme eines Großteils der finanziellen Risiken sollen so private Investitionen mobilisiert werden. Der Agrarkonzern Agrivision produziert mit dem Geld aus diesen Investmentfonds in Sambia Soja, Weizen und Mais, viel davon für den Export. Früher war das dort einmal Ackerland lokaler Bauern, die jetzt von Gelegenheitsjobs leben müssen oder hungern. Denen wurden so die Existenzgrundlagen zerstört. Damit Privatinvestitionen tatsächlich dazu beitragen, Armut zu reduzieren, müssen sie politisch gestaltet werden. Der Dialog mit den Menschen und heimischen Unternehmen vor Ort ist nötig, damit alle profitieren. Stattdessen ist das Risiko groß, dass die Wünsche von Konzernen und Investoren im Vordergrund stehen.

Moderne Landnahmen, auch Landgrabbing genannt, entsteht durch private und staatliche Investoren die ständig auf der Suche nach riesigen Landflächen sind, um Agrartreibstoffe anzubauen, Futtermittel zu exportieren oder um damit schlicht zu spekulieren. Über Fälle von Landgrabbing wird aus Sambia, Uganda, Kongo und Mosambik berichtet.

Afrikanische Staaten, wie der Senegal, werden über Handelsabkommen dazu genötigt, Fischereikontingente an EU-Unternehmen abzutreten. In der Folge fischen dann europäische Fabrikschiffe den Ostatlantik leer. NGOs schätzen, dass rund ein Fünftel der afrikanischen Flüchtlinge "Fischerei-Migranten" sind. Viele ehemalige Fischer nutzen dabei ihre Boote, um ihre Landsleute gegen Gebühr in die gelobten Länder des Nordens zu transportieren.

Es besteht auch eine globale Bildungskrise. 264 Millionen Kinder haben keinen Schulzugang und Millionen Kinder, deren Bildungsweg durch Kriege, Krisen und Flucht versperrt ist, sind eine verlorene Generation.

Wegen der hohen Geburtenrate in Afrika ist die Mehrheit der Menschen dort jünger als 20 Jahre. Auch wenn der %uale Anteil der extrem Armen auf 43% reduziert wurde, wächst ihre absolute Zahl. Da es keine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung in Afrika gibt, wächst das Migrationspotential und der Migrationsdruck auf Europa.

Wenn die Bundesregierung wirklich die Fluchtursachen bekämpfen will, dann sollte sie zu allererst nicht die Existenzbedingungen der Menschen zerstören. Sinnvolle wirtschaftliche Hilfe für Afrika muß in der Landwirtschaft beginnen. Landreformen sind sinnvoll, denn für Menschen in Afrika ist ein Stück Land, das seit jeher ein Teil der Würde, soziale Absicherung und der Identität. Rechtliche Unterstützung in Landfragen und Rechtssicherheit dabei sind wichtig. Traditionelles Saatgut muß bewahrt und weiter genutzt werden.

Die Abholzung der Wälder muß verhindert werden. Die EU sollte Aufforstungsprojekte in Dürregebieten unterstützen. Das ist möglich durch die Nutzung von Abwässern und brachliegenden Landes. Klimatische Veränderungen verstärken auch die Regenfälle in Afrika. Die nomadisch lebende Bevölkerung im Osten Afrikas leidet besonders unter der Dürre. Hilfsorganisationen setzen Brunnen instand, bauen Wasserpumpen sowie große Wassertanks auf. Nachhaltige Hilfe muß langfristig angelegt sein. Fruchtbare Böden sind große Wasserspeicher. Der Einsatz von Agrochemie und die Versiegelung der Landschaft vergrößert dagegen die Wassernot.

Friedensförderung

Die Bundesregierung verabschiedete die Leitlinie "Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern". Substantielle Fortschritte für zivile Krisenprävention und Friedensförderung wurden bisher aber nicht erreicht. Der Bundesregierung fehlt der politische Wille, Friedensförderung und Krisenprävention in der Realität wirklich voranzubringen. Das zeigt das Kompetenzgerangel um die

Koordinierungsrolle für die Leitlinien zwischen Verteidigungs-, Außen- und Entwicklungsministerium und die unzureichende Einbindung des Parlaments zu den Leitlinien. Es fehlen klare Zielsetzungen und Budgetvorgaben zur Stärkung ziviler Krisenprävention und Friedensförderung.

Quelle: Forum Ziviler Friedensdienst e.V. www.forumZFD.de 14.06.17

Umweltaktivisten ermordet

Im Jahr 2016 wurden weltweit mindestens 200 Umweltaktivisten ermordet. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht der Menschenrechtsorganisation Global Witness. Das sind so viele dokumentierte Morde wie nie zuvor. Die Dunkelziffer liegt vermutlich noch höher. Mit 24 Ländern sind Morde zudem in so vielen Staaten wie nie zuvor dokumentiert. 2015 waren es noch 16. Am stärksten müssen Umweltschützer in Lateinamerika um ihr Leben fürchten. Dort fanden 60% der Morde statt. Allein in Brasilien waren es 49. Insgesamt gehörte jedes zweite Mordopfer einer indigenen Gemeinschaft an. Die Morde stehen vor allem im Zusammenhang mit dem Widerstand von Aktivisten gegen Bergbauunternehmen, Staudammprojekte und Agrarkonzerne. Global Witness sieht die Hauptursachen für die Gewalt gegen Aktivisten in der Durchführung von Großprojekten, ohne die Interessen der Betroffenen vor Ort zu berücksichtigen und ohne diese überhaupt anzuhören.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/protest/nachricht/23399-so-viele-umweltaktivisten-ermordet-wie-noch-nie> , 14.7.17, Defenders of the Earth
https://www.globalwitness.org/documents/19122/Defenders_of_the_earth_report.pdf

Subventionen für fossile Energie

Die Energiesubventionen auf fossile Energie in den G20-Ländern betrug 2015 4,6 Bill. USD, wobei 65% der Subventionen auf Kohle, 26% auf Öl, 7% auf Gas und 2% auf Strom entfallen.

Während China mit mehr als 2,2 Bill. USD sowohl absolut als auch im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (20% des BIP) die höchsten Subventionen aufweist, wenden Saudi-Arabien, Russland und die USA ein höheres Pro-Kopf-Volumen auf. Deutschland liegt mit ca. 55 Mrd. USD im Mittelfeld der G20.

Haupttreiber der externen Kosten fossiler Energien, die in das Subventionsvolumen eingerechnet sind, ist die lokale Luftverschmutzung, hier vor allem der Kohle, sowie die globale Erwärmung. Verkehrsbedingte Effekte (Stau, Unfälle, Straßenschäden) tragen in geringerem Umfang zum Subventionsvolumen bei. Deutschland subventioniert fossile Energieträger mit mehr als 46 Mrd. Euro pro Jahr.

Quelle: Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. im Auftrag für Greenpeace e.V., Juni 2017

Brennelementesteuer

Weil die Kernbrennstoffsteuer nicht als Verbrauchsteuer einzuordnen ist, handelt es sich um eine gänzlich neue Steuer, für die das Grundgesetz selbst keine Verteilungsregelung enthält. Deshalb hat das BVerfG diese Steuer aufgehoben. Die Atomkonzerne bekommen jetzt 7 Mrd. Euro zurück. Die schwarz-gelbe Koalition hatte die Steuer seinerzeit mit dem Geschenk der später wieder einkassierten Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke verknüpft und damit - zugegebenermaßen - ein merkwürdiges Konstrukt geschaffen: Damit der Bund zuständig war, nannte man das "Verbrauchsteuer", was man sonst eher von Tee oder Tabak kennt.

Das Karlsruher Urteil muss in direktem Zusammenhang mit der gesetzlichen Regelung zu den Folgekosten der Atomenergie bewertet werden, mit der Ende letzten Jahres den AKW-Betreibern ermöglicht wurde, sich von jeglicher Haftung für die strahlenden Abfälle freizukaufen. Mit der heutigen Entscheidung steht fest: Es war ein unfassbar teurer Fehler, den Stromkonzernen zu gestatten, sich mit einer Einmal-Zahlung von der Haftung für die Atommüll-Lagerung zu befreien und gleichzeitig auf der Rücknahme aller Klagen zu verzichten, obwohl dies ursprünglich vorgesehen war.

Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/atomkraft-bundesverfassungsgericht-faehrt-dem-bund-in-die-parade-1.3537002> 7.6.17

http://www.sonnenseite.com/de/politik/zur-entscheidung-des-bundesverfassungsgerichts-ueber-die-brennelementesteuer.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2010.%20Juni%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 7.6.17

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-042.html;jsessionid=7EB693878FB87988CCDD4E2BB206D339.2_cid370

Förderung für Windenergie an Land sinkt

Die Zahlungen nach dem EEG für Windkraft an Land werden ab Anfang 2018 um weitere 2,4 % gekürzt. Das hat die Bundesnetzagentur jetzt bekannt gegeben. Der Abschlag gilt für alle Anlagen, die außerhalb der Ausschreibungen gebaut werden. Das sind solche mit bis zu 750 kW Leistung sowie sogenannte "Übergangsanlagen", die bis Ende 2016 genehmigt waren und bis Ende 2018 in Betrieb gehen müssen.

Anfang dieses Jahres waren diese Anlagen mit einer Vergütung von 8,38 ct/kWh "gestartet". Seitdem gab es schon mehrere gesetzlich vorgeschriebene Absenkungen der Vergütung um jeweils 1,05 %.

Anfang Oktober tritt zudem eine von der Bundesnetzagentur bereits im Frühjahr beschlossene Absenkung um 2,4 % in Kraft. Insgesamt wird die Vergütung dann nur noch 7,68 ct/kWh betragen, bevor zum Jahreswechsel die jetzt verkündete weitere Reduzierung um 2,4% wirksam wird. Der Zubau von Windenergie an Land habe im Zeitraum vom August 2016 bis Juli 2017 mit etwa 5.038 MW deutlich über dem Ausbaziel für Onshore-Wind von 2.800 MW jährlich gelegen.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/energie/nachricht/23590-foerderung-fuer-wind-an-land-sinkt> 1.9.17

Debatte über Energiewende

Der Kanzleramtsminister und ehemalige Umweltminister Altmaier (CDU) fordert, die Finanzierung der Energiewende zu überarbeiten. Nach der Bundestagswahl will er die Höhe der EEG-Umlage für das kommende Jahr senken, sagte der FAZ. Eine Option ist nach Ansicht von Altmaier, die Vergütung für Offshore-Windparks zu kürzen. Er verwies dabei auf Ergebnisse der Ausschreibung für die neuen Windparks auf dem Meer, bei denen Bieter keine Förderung mehr verlangt hätten.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/altmaier-eroeffnet-debatte-ueber-eeg-umlage-und-energiewendekosten.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2002.%20September%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 2.9.17

Die Energieökonomin Claudia Kemfert vom DIW sagte dazu: „Wir sind auf dem Weg in eine Struktur, die eher den Großinvestoren und Konzernen hilft. Nehmen wir die Ausschreibungen für die großen Windparks in Nord- und Ostsee – die gewinnen die Großinvestoren. Unternehmen können sich beispielsweise als Bürgerenergiegenossenschaften tarnen, um den Zuschlag zu bekommen. Genau so ist es in der jüngsten Ausschreibungsrunde nun passiert.“ (...) „Die Anbieter spekulieren auf den völlig ungewissen Fall, dass sich die Börsenstrompreise in diesem Zeitraum

mindestens verdoppeln und die Erzeugungskosten halbieren. Beides ist in höchstem Maße unwahrscheinlich. Was passiert, wenn diese Bedingungen nicht eintreten und der Investor den Park gar nicht baut? Wir kennen das aus anderen Ländern wie England, Frankreich oder auch Brasilien, wo weniger als die Hälfte der Projekte realisiert wurden.“

PR-Kampagnen mit Gespensterdebatten um angebliche Kostenexplosionen durch die Energiewende oder Forderungen nach einem groß angelegten Netzausbau haben nur eines zum Ziel: das konventionelle Energiesystem möglichst lange aufrechtzuerhalten.

Kohlekraftwerke müssen abgeschaltet werden, um neue Systeme aufzubauen. Kohlekraftwerke passen nicht in eine nachhaltige Energiewende, sie stoßen zu viel Kohlendioxid aus und lassen sich nicht schnell genug hoch- und runterfahren. Die Verschmutzungszertifikate sind viel zu billig. 40 bis 60 Euro pro Tonne Kohlendioxid wären nötig, um eine Wirkung für den Klimaschutz zu entfalten. Derzeit liegen wir bei sechs Euro. Deshalb brauchen wir zusätzlich ein Kohleausstiegsgesetz.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/die-energiewende-muss-verteidigt-werden.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2026.%20August%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 21.8.17

Deutschlands Verkehr ab 2035 ohne Öl möglich

Ab dem Jahr 2035 kann Verkehr in Deutschland ohne Öl auskommen. Innerhalb von 18 Jahren kann die Bundesregierung Bahn- und Radverkehr sowie das Angebot gemeinsam genutzter E-Autos soweit ausbauen, dass danach alle Wege in Deutschland ohne klimaschädliche Verbrennungsmotoren zurückgelegt werden. Dies zeigt das heute vorgelegte Mobilitätsszenario des Wuppertal Instituts im Auftrag von Greenpeace.

Dazu müssen sich der Anteil von Rad- und öffentlichem Verkehr bis zum Jahr 2035 durch einen beschleunigten Ausbau der Infrastruktur verdoppeln. Entsprechend wird das eigene Auto in Städten an Bedeutung verlieren. Das Szenario geht davon aus, dass der Transport von Gütern sich bis 2035 größtenteils von der Straße auf die Schiene verlagert. Für die restlichen Wege kommen Lkw zum Einsatz, die klimaverträgliche synthetische Kraftstoffe nutzen.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/mobilitaet/deutschlands-verkehr-kann-ab-2035-ohne-oel-auskommen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2002.%20September%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 31.8.17

Bedeutung der Solarenergie unterschätzt

Eine neue Studie unter Leitung des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) zeigt nun, dass 2050 der Anteil von Photovoltaikanlagen an der globalen Stromversorgung mehr als dreimal so groß sein könnte wie vorher angenommen. Laut der jetzt im Fachmagazin Nature Energy veröffentlichten Studie dürfte der Anteil der Solarenergie statt bei 5 bis 17% eher bei 30 bis 50% liegen – und zwar selbst dann, wenn der globale Strombedarf weiter zunimmt.

Die Forscher, zu denen auch Wissenschaftler des Fraunhofer Instituts für Solare Energiesysteme ISE, des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) und der University of Wisconsin gehören, haben für ihre Studie erneut das PIK-Computermodell REMIND genutzt. Zur Zeit sinkt der Preis von Solarmodulen jedes Mal um mehr als 20%, sobald sich die produzierte Gesamtmenge verdoppelt hat. Je länger diese Entwicklung anhält, desto günstiger wird eine aus Sonnenenergie produzierte Kilowattstunde Strom.

Quelle Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC)
http://www.sonnenseite.com/de/energie/bedeutung-der-solarenergie-um-das-dreifache-unterschaetzt.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2002.%20September%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 30.8.17

Erneuerbare Energie bis 2050

Bis 2050 können 139 Staaten ihren gesamten Energiebedarf auf erneuerbare Energien umstellen. Auch Staaten mit einem hohen Energiebedarf und einem gewaltigen Treibhausgasausstoß wie China oder die USA können bis zur Mitte des Jahrhunderts nach einer Studie der kalifornischen Stanford University vollständig auf Windenergie, Solaranlagen und Wasserkraft umsteigen und damit verhindern, dass die globale Durchschnittstemperatur um mehr als 1,5 Grad über das vorindustrielle Niveau ansteigt.

Für Deutschland haben die Forscher jeweils 35% im zukünftigen Energiemix auf Solaranlagen und Windkraft an Land errechnet. Offshore-Windkraft liefert 17% der notwendigen Energie, den Rest tragen Solaranlagen auf den Dächern von Gebäuden bei.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/forschung/nachricht/23558-100-%-erneuerbare-bis-2050-machbar> 24.8.17

Düngen mit Windenergie

Der überschüssige Strom von Windkraftanlagen läßt sich auch nutzen, um den Stickstoff aus der Luft in Düngemittel umzuwandeln. Bis 2050 sollen 80% des in Deutschland verbrauchten Stroms aus Windkraft und anderen erneuerbaren Quellen stammen.

Um Stickstoff in Form von NO₂ aus der Luft zu gewinnen, setzen die Wissenschaftler auf den energieintensiven Birkeland-Eyde-Prozess, statt dem Haber-Bosch-Prozess, der bei der Herstellung von 1 kg Ammoniak zwischen 1,15 und 1,3 Kilogramm CO₂ freigesetzt. Weltweit beträgt die jährliche Ammoniak-Produktion rund 140 Millionen Tonnen.

Bei Evonik in Hanau wurde dafür eine Testanlage aufgebaut.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/zukunft/duengen-mit-wind.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2009.%20September%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 9.9.17

Wirbelsturm "Irma"

Als "Weckruf für entschiedene Klimapolitik" bezeichnet die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch die Hurrikane von zum Teil nie gesehener Zerstörungskraft und die verheerenden Monsunregenfälle in Südasien mit mehr als 2000 Toten.

In Teilen der Politik werden die Gefahren der menschgemachten Erderwärmung ignoriert oder verharmlost. Gleichzeitig werden plötzlich in den Landesregierungen von NRW und Brandenburg Stimmen laut, beschlossene Klimaziele zu kippen, nachdem Deutschland schon in den vergangenen acht Jahren keine Fortschritte bei der Verringerung der CO₂-Emissionen gemacht hat.

Quelle: Germanwatch, http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/irma-und-co.-weckruf-fuer-entschiedene-klimapolitik.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2009.%20September%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 9.9.17

Deutschlands Klimaziel 2020

Nur 30% statt 40% weniger CO₂ reduziert die Bundesrepublik ihren Treibhausgas-Ausstoß bis 2020. Die Handlungslücke beträgt 120 Millionen Tonnen CO₂. Ohne weitere Anstrengungen wird Deutschland sein Klimaschutzziel für 2020 drastisch verfehlen. Der Ausstoß von Treibhausgasen wird gegenüber 1990 lediglich um 31 % zurückgehen. Das Ziel der Bundesregierung liegt bei einer

Treibhausgas-Reduktion von 40 %. Nach einer aktuellen Analyse von Agora Energiewende würde bis 2020 ein Rückgang von rund 35 % erreicht werden.

Tatsächlich dürfte aber, so die Analyse, die Lücke ohne weitere Maßnahmen bei etwa 120 Millionen Tonnen CO₂ verharren (-30,5 %). Hierfür gibt es mehrere Ursachen: So sind die Preise für CO₂-Emissionsrechte, Heizöl, Diesel, Gas und Benzin niedriger als bislang angenommen. Zudem wachsen Wirtschaft und Bevölkerung stärker als im Projektionsbericht der Bundesregierung prognostiziert. Das führt insgesamt zu einem stärkeren Einsatz fossiler Brennstoffe – etwa in der Kohleverstromung, bei der Gebäudeheizung mit Öl und im Verkehr.

Quelle: Agora Energiewende, http://www.sonnenseite.com/de/politik/deutschlands-klimaziel-2020-ist-noch-weiter-weg-als-gedacht.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202009.%20September%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter
8.9.17

Die Nordsee erhitzt sich

Die Nordsee hat sich durch den menschengemachten Klimawandel in den vergangenen 45 Jahren doppelt so schnell erwärmt wie die Ozeane weltweit. Demnach stieg die Durchschnittstemperatur der deutschen Nordsee um 1,67 Grad Celsius an, im Mittel der Ozeane waren es nur 0,74 Grad. Die Bundesregierung bezieht sich dabei auf Daten des Weltklimarates IPCC und des Alfred-Wegener-Instituts in Bremerhaven. Eine Trendwende scheint nicht in Sicht zu sein: Im Jahr 2100 werde die Nordsee um 1,7 bis 3,2 Grad wärmer sein, heißt es.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/umwelt/nachricht/23634-die-nordsee-erhitzt-sich-rasant> 9.9.17

Kohleländer rütteln an EU-Auflagen

Deutschlands Bundesländer mit Kohleabbau fordern Wirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) auf, gegen die strengeren Schadstoff-Grenzwerte der EU für Kohlekraftwerke zu klagen. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) verlangt auch in Namen seiner Amtskollegen aus Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt, "alle politischen und rechtlichen Mittel auszuschöpfen". Deutschland solle eine Nichtigkeitsklage gegen die EU-Kommission anstrengen. Ende April hatten sich die EU-Staaten auf strengere "Umweltstandards für Großfeuerungsanlagen" geeinigt. Die neuen Grenzwerte gelten ab 2021. Alle 2.900 europäischen Großkraftwerke dürfen dann weniger Stickoxide, Schwefeldioxid, Feinstaub und Quecksilber ausstoßen.

Deutschland hatte sich nachdrücklich gegen die neuen Regelungen gewandt. Gemeinsam mit Polen, Tschechien und anderen Staaten wollte die Bundesregierung weniger strenge Grenzwerte durchsetzen – wurde aber von der Mehrheit überstimmt.

Die Bundesländer mit Kohleabbau verweisen auf ein Gutachten, das die Kanzlei Freshfields für den Deutschen Braunkohlen-Industrie-Verein angefertigt hat. Danach sollen die Grenzwerte für Quecksilber einer "fehlerhaften Datenbasis" entstammen, die US-Grenzwerte seien "falsch umgerechnet" worden. Die neuen Stickoxid-Werte indes seien "technisch und wirtschaftlich nicht vertretbar zu erreichen".

Quelle: <http://www.klimaretter.info/politik/nachricht/23544-kohlelaender-ruetteln-an-eu-auflagen>
19.8.17

Gefahr für Bienen am Altglascontainer

An Altglas-Sammelstellen lauert eine tödliche Seuche auf unsere Honigbienen. Für uns Menschen ungefährlich, kostet sie ganze Völker das Leben. Mancher Altglas-Container zieht Honigbienen magisch an. Der Grund sind unverschlossene Honiggläser, aus denen die Bienen Honigreste als Nahrung aufnehmen. Darin können Sporen der sogenannten Amerikanischen Faulbrut enthalten sein, eine bakterielle Brutkrankheit. Man sieht und schmeckt sie nicht und für den Menschen ist sie

völlig ungefährlich. Doch die Honigbienen tragen die Sporen in ihr Volk und verteilen sie durch Körperkontakt und Futteraustausch untereinander. Auch der Honig wird auf diese Weise mit Sporen kontaminiert. Den erwachsenen Tieren schadet die Krankheit nicht, wohl aber dem Nachwuchs. Die Krankheit tötet die Larven, sie sterben in ihrer Zelle ab und werden zersetzt. Jeder Honigliebhaber sollte seine leeren Honiggläser und die zugehörigen Deckel gründlich mit warmem Wasser spülen oder sie in der Geschirrspülmaschine reinigen. Am besten werfen Sie die Gläser mit dem Deckel verschlossen in den Altglascontainer.

Die Amerikanische Faulbrut wird über Importhonig bei uns eingeschleppt. Wenn Sie heimischen Honig vom regionalen Imker kaufen, bleibt der Faulbrut-Erreger „draußen“. Am besten wählen Sie Honig im Mehrwegglas, das Sie später – natürlich gespült samt Deckel – beim Imker oder beim Händler zurückgeben können.

Quelle: Deutsche Umwelthilfe http://www.sonnenseite.com/de/tipps/bienen-am-altglascontainer.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202020.%20Mai%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 14.5.17

Synthetik-Kleidung bedroht die Weltmeere

Inzwischen enthalten rund 60 Prozent der Kleidung Polyester. Die billige Kunstfaser verteilt sich im Plankton der Ozeane. Fischlarven, Pfeilwürmer und diverse Krebstierchen schlucken massenhaft winzige Plastikpartikel, sogenanntes Mikroplastik.

Kleidungsstücke fusseln bei jeder Wäsche: Eine einzige Fleece-Jacke kann bis zu einer Million Fasern pro Waschgang freisetzen, ein Paar Nylon-Socken immerhin noch 136.000. Laut einer EU-Studie spülen allein Europas Waschmaschinen jährlich 30.000 Tonnen Synthetikfasern ins Abwasser. Je nach Technologie halten Kläranlagen zwar einen Teil der Mikroplastikfracht zurück, doch gelangen immer noch Tausende Tonnen ins Meer. Da Polyester-, Nylon und Polyacrylfasern wie alle synthetischen Kunststoffe biologisch nicht abbaubar sind, reichern sie sich im Meer an. Mit der Zeit zerfallen sie allenfalls zu noch kleineren Partikeln, sie verschwinden aber nicht. Mit den Meeresströmungen verteilen sie sich um den ganzen Planeten und sogar in der Tiefsee.

Mit Fischen, Muscheln, Krabben und anderen Meerestieren, die auf den Teller kommen, nehmen auch wir das Mikroplastik zu uns. Wer sich ein Dutzend Austern schmecken lässt, verzehrt im Durchschnitt zugleich 100 winzige Plastikpartikel. Sehr kleine Partikel können womöglich in das Körpergewebe eindringen und Entzündungen auslösen

Die kleinen und kleinsten Lebewesen im Meer sind die Nahrungsgrundlage für zahllose größere Meerestiere – von der Miesmuschel bis zum Blauwal. Auch wichtige Speisefische wie Hering oder Makrelen hängen vom Plankton ab. Gedeihen die Kleinstlebewesen nicht, hungern die Großen. Flohkrebse, die Mikroplastik gefressen hatten wuchsen schlechter und hatten weniger Nachkommen als normale Artgenossen. Fasern wurden erst nach langer Zeit wieder ausgeschieden.

Mit dem Aufkommen der Wegwerfmode, für die Textilketten wie H&M, KiK oder Primark stehen, ist der Verbrauch von Synthetikfasern geradezu explodiert: In den Jahren 2000 bis 2016 stieg der Polyester-Einsatz für Bekleidungszwecke von 8,3 auf 21,3 Millionen Tonnen weltweit.

Gleichzeitig hat sich die gesamte Textilproduktion verdoppelt – 2014 durchbrach sie die Schwelle von 100 Milliarden Kleidungsstücken. Damit stieg der Polyesteranteil von unter 50 auf 60 Prozent. Ein reiner Kunstfaser-Boykott wäre keine Lösung, denn er würde die Umweltprobleme lediglich verlagern. Um möglichst hohe Erträge zu erzielen, werden etwa drei Viertel der weltweit angebauten Baumwolle – zum Teil extrem viel – bewässert. Gerade in Wassermangel-Gebieten können ganze Landstriche ausdörren. Bekanntestes Opfer ist der zentralasiatische Aralsee, einst das viertgrößte Binnenmeer der Welt. Heute ist er auf ein Zehntel seiner ursprünglichen Fläche geschrumpft. Obendrein setzen Baumwollpflanzer reichlich Pestizide ein, und ein Großteil der weltweit angebauten Sorten sind gentechnisch manipuliert.

Viskose wiederum wird zwar aus dem natürlichen Rohstoff Holz hergestellt, ihre Herstellung erfordert aber einen massiven Energie- und Chemikalieneinsatz. Gerade erst deckten Umweltschützer auf, dass Handelsketten wie Zara und H&M Viskose aus Fabriken in Asien beziehen, die massiv die Umwelt verschmutzen.

Es gibt neue Ansätze, Fasern aus alternativen Rohstoffen wie Braunalgen oder Milchabfälle herzustellen.

Derzeit preisen bekannte Bekleidungsfirmen das Recycling von getragenen Textilien als Königsweg aus dem Rohstoff-Dilemma. Bei näherer Betrachtung stellt sich diese Verheißung jedoch ebenfalls als Illusion heraus. Zwar lassen sich Baumwolltextilien zerreißen und die so gewonnenen Fasern neuen Stoffen beimischen. In der Praxis erschweren aber Farben, Applikationen, Reißverschlüsse und nicht zuletzt Mischgewebe die Wiederaufbereitung. Zudem verlieren die Fasern erheblich an Qualität. Das chemische Recycling von Synthetikfasern könnte zwar einen qualitativ hochwertigen Rohstoff liefern, ist jedoch extrem teuer und aufwändig; zudem sind erhebliche technische Probleme bislang ungelöst. So liegt der Anteil von Recyclingfasern an der gesamten Bekleidungsproduktion heute nahe Null und wird auch so bald nicht in die Höhe schnellen. Bewährt hat sich allenfalls das Recycling von benutzten PET-Flaschen zu Polyesterfasern.

Quelle: Greenpeace Österreich

<https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/i03971-20170718-greenpeace-flyer-mikrofaser.pdf> 14.8.17

Keimschleuder Küchenschwamm

In Reinigungsutensilien wurde eine teils besorgniserregend hohe Konzentration von Bakterien nachgewiesen. Die Mikrobiologen nahmen 14 gebrauchte Schwämme unter die Lupe. Entdeckt wurden darin 362 verschiedene Arten von Bakterien. „Was uns überrascht hat: Fünf der zehn häufigsten von uns gefundenen Arten gehören in die sogenannte Risikogruppe 2, das bedeutet sie sind potentiell pathogen. Dabei handelte es sich um Umwelt- und Wasserbakterien, aber auch um Bakterien, die typisch für die menschliche Haut sind. Insbesondere bei immungeschwächten Menschen, wie Kranken und Alten, können Bakterien wie *Acinetobacter johnsonii*, *Moraxella osloensis* und *Chryseobacterium hominis* zu Infektionen führen. Das sehr häufig nachgewiesene Bakterium *Moraxella osloensis* steht zudem im Verdacht, schlechten Geruch zu erzeugen, kann also für stinkende Küchenschwämme verantwortlich sein. Fäkalbakterien und Lebensmittelvergifter oder Durchfallerreger hingegen wurden kaum nachgewiesen.

Besonders bedenklich: In Schwämmen, die laut ihrer Nutzer regelmäßig gereinigt wurden, etwa in der Mikrowelle oder durch Auswaschen, zeigten sich deutlich höhere Anteile der potentiell pathogenen Bakterien. Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass die Reinigung von Schwämmen zwar zu einer kurzfristigen Verminderung der Keimzahl führen kann; in den schnell wieder hoch wachsenden Gemeinschaften dominieren dann aber offensichtlich immer stärker die potentiell pathogenen Bakterien, vermutlich aufgrund einer höheren Stresstoleranz.

Küchenschwämme bestehen überwiegend aus Schaumstoff, wie Polyurethan. Ihre durch zahlreiche Poren riesige innere Oberfläche bietet Mikroorganismen viel Platz zum Wachsen. „Teils erreichten die Bakterien Dichten von mehr als 5 mal 10 hoch 10 Zellen pro Kubikzentimeter“. „Das sind Konzentrationen, wie man sie sonst nur noch in Fäkalproben findet.“ Ein Wert, der in einer Küche nicht erreicht werden sollte. Diese hohen Dichten erklären sich mit den optimalen Lebensbedingungen, die Bakterien im Schwamm finden: neben der großen Oberfläche zum Aufwachsen viel Feuchtigkeit und viele Nährstoffe, etwas aus Lebensmittelresten und Schmutz. Das Bild- und Filmmaterial der Studie visualisiert die bakterielle Belastung der Küchenschwämme in eindrucksvoller Weise und bietet sich als Lehrmaterial an, um ein Bewusstsein für Küchenschwämme als mikrobielle Inkubatoren im Haushalt zu schaffen.

Probleme können sich vor allem in sensiblen Umgebungen ergeben. Etwa in Krankenhäusern, Altenheimen oder bei der privaten Pflege zu Hause, wenn dort Menschen mit geschwächtem Immunsystem leben. Anstelle sie zu häufig zu reinigen, sollten Küchenschwämme aus hygienischen Gründen gerade hier besser regelmäßig entsorgt werden, etwa in einem wöchentlichen Rhythmus. In neu gekauften Schwämmen konnten die Forscher übrigens keinerlei mikrobielle Belastung nachweisen.

Quelle: Hochschule Furtwangen http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/studie-zur-keimschleuder-kuechenschwamm.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2029.%20Juli%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 24.7.17

Arktisches Meereis

In diesem September ist die Fläche des arktischen Meereises auf eine Größe von etwa 4,7 Millionen Quadratkilometern abgeschmolzen. Dies stellten Wissenschaftler des Alfred-Wegener-Instituts sowie der Universitäten Bremen und Hamburg fest. Die Fläche ist damit etwas größer als im vergangenen Jahr, liegt jedoch im Mittel der letzten zehn Jahre und zugleich weiterhin deutlich unter den Werten von 1979 bis 2006. Trotz eines besonders warmen Winters erreicht das Meereis in diesen Tagen zwar kein neues Rekordminimum, der Eisverlust ist dennoch massiv.

Die Größe der Meereisfläche unterliegt zwar natürlichen Schwankungen, der langfristige abnehmende Trend ist aber eindeutig. In den 1970er und 1980er Jahren lagen die sommerlichen Minimumwerte noch bei durchschnittlich rund sieben Millionen Quadratkilometern.

Die Meereisdicke wurde mit Flugzeugmessungen untersucht. Im Untersuchungsgebiet nördlich der Framstraße, zwischen Grönland und Spitzbergen lag die Eisdicke mit rund 1,7 Metern etwa 50 Zentimeter über der im Jahr 2016 gemessenen Eisdicke. Grund hierfür dürfte unter anderem ein höherer Anteil an mehrjährigem Eis sein, der in diesem Jahr in der Messgegend präsent war. Die gemessenen Werte liegen aber dennoch rund 30 Prozent unter der in 2001 und 2004 beobachteten Dicke. „Insgesamt stellen wir fest, dass das Meereis trotz des warmen Winters nicht außergewöhnlich dünn war. Dies liegt vermutlich auch daran, dass die geringe und dünne Eisdecke des letzten Sommers – immerhin die zweitgeringste überhaupt – besonders schnell angewachsen und dicker geworden ist, da dünnes Meereis schneller wächst als dickeres.

Quelle Alfred-Wegener-Institut http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/arktisches-meereis-erneut-stark-abgeschmolzen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2016.%20September%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 15.9.17

Indiens Temperaturanstieg

In den vergangenen beiden Jahren erlebte Indien extreme Hitzewellen, bei denen Tausende Menschen starben. Durch die steigenden Sommertemperaturen auf dem Subkontinent ist die Wahrscheinlichkeit tödlicher Hitzewellen zwischen 1960 und 2009 um 146% gestiegen. Besonders brisant sind die Ergebnisse der Untersuchung, weil der extreme Anstieg der Wahrscheinlichkeit von tödlichen Hitzeereignissen mit einem Anstieg der Durchschnittstemperatur von nur 0,5 Grad Celsius einhergeht. Die Region erreicht zu Beginn dieses Sommers erneut ungewöhnlich hohe Temperaturen. In Indiens Hauptstadt Neu-Delhi stieg das Thermometer Anfang Juni auf 47 Grad. Im benachbarten Pakistan wurden 52 Grad gemessen.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/forschung/nachricht/23239-indiens-temperaturanstieg-ist-toedlich> 8.6.17

Entwurfsbericht des U.S. National Climate Assessment

Die erste von zwei Teilen der neuesten US National Climate Assessment (NCA), einem Bericht von führenden Wissenschaftlern aus 13 Bundesbehörden in der USA, ist knapp vor der Genehmigung, bevor der Bericht der Verwaltung veröffentlicht werden kann. Vom Kongress im Jahr 1990 beauftragt, wird die NCA von der "White House Office of Science and Technology Policy" durch das interagency U.S. Global Change Research Programm verwaltet.

Der letzte NCA-Bericht, die im Jahr 2014 veröffentlicht wurde, lieferte ein detailliertes Bild der erwarteten Auswirkungen des Klimawandels auf die amerikanische Landwirtschaft, auf Energie, Infrastruktur, Wasserversorgung und menschliche Gesundheit.

Die wichtigsten Ergebnisse der Studie sind: Die globalen Temperaturen steigen, besonders in der Arktis. Dadurch ändert sich das Klima. Extreme Hitzewellen sind schon häufiger. Während der Klimawandel höhere Temperaturen im Norden und Westen der USA verursacht hat, wurde im Südosten keine Temperaturveränderung festgestellt.

Die Treibhausgase sind ein Schlüsselfaktor für die Erwärmung. Mehr als die Hälfte des Temperaturanstiegs ist auf die menschliche Aktivität zurückzuführen.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/politik/usa-entwurfsbericht-des-u.s.-national-climate-assessment-bestaetigt-grundlegende-wahrheit-des-klimawandels.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2019.%20August%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 18.8.17

Treibhausgas-Konzentration: Sie stieg 2016 auf einen neuen Rekordwert von 402,9 ppm (parts per million) im Jahresdurchschnitt. Das ist ein Anstieg um 3,5 ppm gegenüber dem Vorjahr. Auch das ist Rekord: So schnell nahm die CO₂-Konzentration noch nie innerhalb eines Jahres zu, seit die Messungen vor 58 Jahren begannen.

Globale Mitteltemperatur: 2016 war das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen vor 137 Jahren – und übertrifft das bisherige Rekordjahr 2015. Damit wird nun schon das dritte Rekord-Jahr in Folge registriert. Den Anstieg beziffert die NOAA auf 0,45 bis 0,56 Grad Celsius im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 1981 bis 2010. Mit der globalen Mitteltemperatur ist die Oberflächentemperatur der Erde einschließlich der Ozeane gemeint.

Oberflächentemperatur der Ozeane: Auch hier ergeben die Messungen Rekordwerte. Gegenüber dem Mittelwert von 1981 bis 2010 stieg die durchschnittliche Temperatur an der Meeresoberfläche um 0,65 bis 0,74 Grad Celsius. Das sind 0,02 bis 0,05 Grad mehr, als noch im Jahr zuvor gemessen wurden.

Meeresspiegel: Die Messungen zeigen einen neuen Höchststand. Der durchschnittliche Meeresspiegel lag 2016 um knapp 8,3 Zentimeter höher als 1993, als die Satellitenmessungen begannen.

Arktis-Eis: Die Ausdehnung des arktischen Meereises erreichte im letzten Jahr einen neuen Tiefstand. Im März, wenn das Meereis seine maximale Ausdehnung erreicht, wurde 2016 der niedrigste Wert seit Beginn der satellitengestützten Messungen vor 37 Jahren festgestellt. Was das Meereis-Minimum im September betrifft, ergaben die Messungen den zweitniedrigsten Wert. Nur 2007 erreichte die Ausdehnung einen noch geringeren Wert.

Tropische Stürme: Insgesamt 93 tropische Wirbelstürme wurden 2016 gezählt (und mit Namen versehen). Das sind deutlich mehr als die 82 Wirbelstürme im Durchschnitt der Jahre 1981 bis 2010.

Dürren: Laut NOAA-Bericht gab es in jedem Monat des Jahres 2016 auf mindestens zwölf Prozent der globalen Landfläche schwere Dürren. Auch das ist Rekord. Besonders betroffen: der Nordosten Brasiliens, Westbolivien, Peru und Westkanada.

An dem Klimabericht haben 450 Wissenschaftler aus 60 Ländern mitgewirkt. Er gilt als führende jährliche Publikation in Sachen Klima und Klimawandel.

Allerdings fehlt etwas in dem Report. Er listet zwar akribisch und nüchtern alle Negativ-Rekorde auf. Doch die Rolle des Menschen dabei wird nicht erwähnt. In dem Bericht heißt es nur: "Die

wichtigsten Treibhausgase, die in die Erdatmosphäre gelangen, stiegen weiter an und erreichten neue Rekordhöchststände." Wodurch diese Gase in die Atmosphäre gelangen und wer dafür verantwortlich ist – das lässt das Papier im Dunkeln.

Quelle: "STATE OF THE CLIMATE IN 2016" | Special Supplement to the Bulletin of the American Meteorological Society Vol. 98, No. 8, August 2017

<http://www.klimaretter.info/forschung/hintergrund/23504-noaa-jahresbericht> 11.8.17

NABU-Kreuzfahrt-Ranking 2017

Auch in der siebten Auflage der Rangliste ist kein einziges Kreuzfahrtschiff in Europa aus Umweltsicht uneingeschränkt empfehlenswert. Die beiden deutschen Anbieter TUI und Hapag-Lloyd Cruises belegen nun gemeinsam die Spitzenposition, da sie immerhin einen Stickoxidkatalysator verwenden. Die Anbieter AIDA und Costa Cruises stürzen hingegen im Kreuzfahrt-Ranking 2017 ab, weil sich ihre Angaben zu Abgassystemen aus dem Jahr 2016 als Luftnummer erwiesen. Besonders schwer wiegt auch der Umstand, dass alle Reedereien weiterhin auf das giftige Schweröl als Kraftstoff setzen und keinen Rußpartikelfilter zur Minderung gesundheitsgefährdender Feinstaubemissionen einsetzen. Die klaren Schlusslichter bilden die Branchenriesen Costa, MSC und Royal Caribbean, die keinerlei relevante Aktivitäten zum Schutz von Umwelt und Gesundheit erkennen lassen.

Verdeckte Messungen mehrerer Fernsender aus Deutschland und Frankreich an Deck von Kreuzfahrtschiffen hatten zuletzt die hohe Belastung der Atemluft der Passagiere mit Rußpartikeln belegt. Entsprechend warnen Fachleute, etwa des Deutschen Pneumologenverbandes, vor den gesundheitlichen Folgen beim Aufenthalt in den Abgasfahnen der Schiffe.

Dabei muss auch die Schifffahrt bis zum Jahr 2050 komplett CO₂-frei unterwegs sein. Ein riesen Problem angesichts der Wachstumsraten.

Die Schifffahrt ist für fast 40 Prozent der Stickoxidemissionen in der Hansestadt verantwortlich. In einzelnen Wohngebieten nördlich der Elbe gehen zum Teil über 80 Prozent der Belastung auf Schiffe zurück. Außerdem haben wir hier Feinstaubwerte gemessen, die 20mal höher lagen als am Stuttgarter Neckartor während des Feinstaubalarms. Die Verantwortlichen der Stadt hingegen feiern jedes weitere Kreuzfahrtschiff als Riesenerfolg.

Quelle: http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/nabu-kreuzfahrt-ranking-2017.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2009.%20September%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 6.9.17

Der Klimawandel verschiebt Hochwasser

Wenn ein Fluss mit ungewohnter Heftigkeit über die Ufer tritt, ist es naheliegend, den Klimawandel dafür verantwortlich zu machen. Doch ein Einzelereignis ist kein Beweis – und so war bisher unklar, ob der Klimawandel einen direkten Einfluss auf Fluss-Hochwässer in Europa hat.

In einem internationalen Großprojekt, geleitet vom Hochwasserexperten Prof. Günter Blöschl von der TU Wien, wurden nun Datensätze aus 50 Jahren von über 4000 hydrometrischen Stationen aus 38 europäischen Ländern gesammelt und ausgewertet. Das Ergebnis: Der Klimawandel hat tatsächlich einen deutlichen Einfluss auf Hochwasserereignisse. Erkennen lässt sich das am besten daran, dass sich das Auftreten der Hochwässer über die Jahre zeitlich verschiebt. Je nach Ursache der Hochwasserereignisse treten sie in manchen Regionen immer früher auf, in anderen immer später.

Der Zeitpunkt eines Hochwassers gibt nämlich Aufschluss über seine Ursache.

So treten etwa in England und im Mittelmeerraum Hochwässer eher im Winter auf, weil dann die Verdunstung gering ist und die Niederschläge intensiv sind. In Österreich hingegen sind Hochwässer im Sommer häufig, nach heftigem Starkregen. In Nordosteuropa wiederum ist zur Zeit der Schneeschmelze im Frühling die Hochwassergefahr am höchsten. Der Zeitpunkt, an dem das

Hochwasser auftritt, hat also mit dem Klima viel unmittelbarer zu tun als die absolute Höhe des Hochwasserereignisses.

Die Hochwässer in Europa haben sich in den letzten 50 Jahren zeitlich ganz deutlich verschoben. Im Nordosten Europas, in Schweden, Finnland und im Baltikum kommen die Hochwässer heute um einen Monat früher als in den 60er und 70er Jahren. Damals traten sie durchschnittlich im April auf, heute im März. Das liegt daran, dass der Schnee heute bereits früher schmilzt als damals. In England und Norddeutschland hingegen kommt das Hochwasser heute um etwa zwei Wochen später als damals. Der Klimawandel ändert den Luftdruckgradienten, das führt dort zu später auftretenden Winterstürmen.

An den Atlantikküsten Westeuropas führt der Klimawandel dazu, dass früher im Jahr das Maximum an Bodenfeuchte erreicht ist, und in Teilen der Mittelmeerküste führt die Erwärmung des Mittelmeers dazu, dass die Hochwasserereignisse immer später auftreten.

Quelle: Technische Universität Wien http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/europa-der-klimawandel-verschiebt-hochwasser.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2012.%20August%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter
12.8.17

Glyphosat in der Landwirtschaft

Die EU-Kommission will im September diesen Jahres über die Verlängerung des Pestizids „Glyphosat“ um weitere 10 Jahre abstimmen lassen. Agrarminister Schmidt (CSU) setzt sich für die Verlängerung der Genehmigung ein.

Hierbei übergeht die EU-Kommission die Studienergebnisse der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC). Darin wurde das Pestizid Glyphosat als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft. Bereits in früheren Studien wurde die krebserregende Wirkung über einen längeren Zeitraum nachgewiesen. Insbesondere wird in damit befassten Studien immer nur der Wirkstoff Glyphosat alleine untersucht. Bei der Anwendung in der Landwirtschaft werden jedoch dem Pestizid Zusatzstoffe beigemischt, um die Wirksamkeit stark zu erhöhen und damit den Wirkstoff direkt in die Zellen hinein zu transportiert werden kann und dort toxische Wirkungen verursacht. Das Totalherbizid tötet dabei viele Nahrungspflanzen für Insekten, die die Nahrungsgrundlage für viele Vögel sind, deren Anzahl sich dadurch stark reduzierte. Im Boden werden die Zerfallsprodukte von Glyphosat ebenfalls in die Zellen der Mikroorganismen eingebaut, was dort zu einem starken Rückgang führt.

Glyphosatrückstände kommen beim Einsatz in der Landwirtschaft über die Atemluft, aber auch bei den Konsumenten über das importierte Viehfutter, die Milch, das Fleisch und sogar über Baumwollprodukte in den Körper. Glyphosat reichert sich im Körper an und blockiert in der Leber den Abbau von Sauerstoffradikalen. Dadurch bilden sich leichter Krebstumore.

In den Einsatzgebieten von glyphosathaltigen Pestiziden ist bei Bauern in den USA vermehrt Lymphdrüsenkrebs nachgewiesen worden. Auch in Südamerika ist es auf Grund von Glyphosatanwendungen zu Fehlbildungen der Wirbelsäule, an den Armen und den Füßen bei Kindern gekommen.

Die gentechnikkritische Organisation „Testbiotech“ hat jetzt veröffentlicht, daß dem Leiter der Pestizidabteilung der EFSA (Europäische Lebensmittelbehörde) Jose Tarazona wahrscheinlich verdeckte Zahlungen durch Monsanto zugeleitet wurden. Tarazona und seine Mitarbeiter bestritten dann öffentlich, daß Glyphosat krebserregend sei. Ebenso wurden dem britischen Toxikologen Allister Vale verdeckt Zahlungen durch Monsanto zugeleitet, um die Verlängerung der Zulassung von Glyphosat öffentlich zu verteidigen. Monsanto tauchte nicht als Geldgeber der betroffenen Tagungen auf. Ebenso wäre eine Geldzuwendung an leitende Mitarbeiter einer EU-Behörde ein strafbarer Tatbestand.

Quelle: <http://www.testbiotech.org/node/2050> 18.8.17

Vorratsdatenspeicherung

Das Münsteraner Oberverwaltungsgericht hat einen angemessenen, vorläufigen Schlusspunkt der Vorratsdatenspeicherungs-Debatte gezogen. Es gebe "kein legitimes öffentliches Interesse bei einer bereits feststehenden objektiv-rechtlichen Rechtswidrigkeit". Es sei kaum zu übersehen, dass die deutsche Form der Datenspeicherung nicht mit dem Urteilsspruch der Luxemburger Richter in Einklang zu bringen sei. Hatte es im Koalitionsvertrag noch geheißsen, dass man nur das umsetzen wolle, was europäisch unbedingt notwendig sei, fiel dies nach dem ersten Urteil des Europäischen Gerichtshofes plötzlich weg. Justizminister Heiko Maas (SPD) mutierte spontan vom entschiedenen Vorratsdatenspeicherungs-Gegner zum Befürworter.

http://www.deutschlandfunk.de/vorratsdatenspeicherung-vorlaeufiges-ende-einer-politischen.720.de.html?dram:article_id=389474 23.6.17

http://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/36_170622/

DUH fordert „Saubere Luft für unsere Städte“ ab 2018

Die DUH wird ihre Klagestrategie zur Durchsetzung der Luftqualitätswerte in den mit dem Dieselabgasgift Stickstoffdioxid belasteten Städten fortsetzen und weiter intensivieren.

Zwei Wochen nach Vorstellung der zwischen den Autokonzernen und Regierungspolitikern vereinbarten Ergebnisse des Nationalen Forums Diesel, legt die Deutsche Umwelthilfe (DUH) eine erste Gesamtbewertung der Minderungspotentiale für 2018 vor. Nach Auswertung aller bislang öffentlich oder in Bundesministerien zugänglichen Informationen, werden sich die Stickstoffdioxid-Werte in den belasteten Städten im Winterhalbjahr nicht verändern. Aber auch im Sommerhalbjahr beträgt das NO₂-Minderungspotential aller beschlossener Maßnahmen zusammen bei Temperaturen oberhalb von +10 Grad Celsius deutlich unter fünf Prozent.

Nach Informationen der DUH versuchen derzeit die Autokonzerne, im Rahmen der Genehmigung von Software-Updates ihre der Öffentlichkeit bisher nicht offengelegten Abschaltvorrichtungen durch das KBA nachträglich genehmigen zu lassen.

Bezeichnend ist der Umstand, dass bisher kein Bußgeld wegen des Abgasbetrugs gegen die Automobilhersteller festgesetzt wurde. Eine Rechtsgrundlage hierfür besteht mit der "Verordnung über die EG-Genehmigung für Kraftfahrzeuge und ihre Anhänger sowie für Systeme, Bauteile und selbstständige technische Einheiten für diese Fahrzeuge" (EG-FGV).

Quelle: Deutsche Umwelthilfe http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/duh-fordert-saubere-luft-fuer-unsere-staedte-ab-2018.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2019.%20August%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 16.8.17

Auch Benziner sind Dreckschleudern

Benzin-Direkteinspritzer stossen gleich viele Russpartikel aus wie ungefilterte Diesel vor 15 Jahren. Und an den Partikeln hängen verschiedene Krebs erregende Substanzen.

Jeder der getesteten Benziner stieß 10- bis 100-mal mehr feine Russpartikel aus als der zum Vergleich gemessene Diesel-Peugeot mit Partikelfilter. Die Partikel aus den Benzinmotoren sind im Mikroskop ähnlich klein wie Russpartikel, die den Diesel einst in Verruf brachten: Es sind Primärpartikel mit 10 bis 20 Nanometer Grösse, die sich zu 80 bis 100 nm grossen Partikelagglomeraten zusammenlagern, bevor sie den Auspuff verlassen. «Einmal eingeatmet, bleiben solch kleine Partikel für immer im Körper», erläutert Empa-Forscher Heeb. Sie können erwiesenermassen die Membran menschlicher Lungenbläschen passieren und so in den Blutkreislauf gelangen.

Quelle: Jahresabschlussbericht 2016 der GasOMeP-Untersuchung (pdf)

<https://www.empa.ch/documents/56164/1183406/2016+CCEM+Summary+GDI+vehicles+Heeb+et+al.pdf/37b572d7-396e-48df-a917-57b58b0f52f7>

Quelle Empa - Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt 2017

http://www.sonnenseite.com/de/mobilitaet/auch-benziner-sind-dreckschleudern.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2027.%20Mai%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 27.5.17

Großflächiger Einsatz von Staatstrojanern

Die große Koalition will in den kommenden Monaten noch die rechtlichen Grundlagen für einen umfangreichen Einsatz von Überwachungsprogrammen auf Endgeräten von Verdächtigen schaffen. Die bereits geplante Strafrechtsreform soll stark ergänzt werden, um mit Hilfe von gehackten Smartphones oder Computern eine verschlüsselte Kommunikation überwachen (Quellen-TKÜ) oder Dateien auslesen (Online-Durchsuchung) zu können. Der Einsatz dieser "Staatstrojaner" soll der Polizei nicht nur zur Gefahrenabwehr, sondern bei Ermittlungen zu 38 beziehungsweise 27 Straftaten erlaubt sein.

Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht hohe Hürden für den Eingriff in sogenannte informationstechnische Systeme gesetzt. Die Bundesregierung behilft sich im Falle der Quellen-TKÜ daher mit einem Trick: Sie erklärt in der Gesetzesbegründung, dass es sich beim direkten Abgreifen von verschlüsselten Nachrichten auf einem Smartphone oder einem Computer nicht um einen solchen Eingriff handelt. "Soweit das Bundesverfassungsgericht höhere Anforderungen an die Rechtfertigung von Eingriffen in das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme gestellt hat, betrafen diese nicht den Fall, dass die Überwachung und Aufzeichnung auf neu ankommende oder abgesendete Messenger-Nachrichten auf dem Endgerät begrenzt und technisch ausgeschlossen wird, dass die Gefahr des Auslesens des gesamten Systems oder auch nur der gesamten gespeicherten Kommunikation nicht besteht", heißt es in der Begründung.

<http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2017-05/strafverfolgung-staatstrojaner-polizei-sicherheitsgesetz> 18.5.17

Unsere Kommunikation wird von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren mit Spionagesoftware manipuliert. Manche halten unsere Daten als Geiseln, andere klauen unsere Daten, andere trachten nach Geschäftsgeheimnissen und manche wollen sich festsetzen um unsere Geräte künftig mitbenutzen. Die Notwendigkeit, die Rechtmäßigkeit und die Verhältnismäßigkeit dieser Vorgehensweise ist sehr umstritten.

Der Katalog der Straftaten, bei denen ein Staatstrojaner erlaubt sein soll, wird so stark erweitert, daß sich selbst die Datenschutzbeauftragte nicht in der Lage sah, eine ordentliche juristische Bewertung vorzunehmen. Der Staatstrojaner heißt in der Ermittlersprache „Quellen-TKÜ“.

Quelle: FAZ 12.6.17

Die Innenminister der Länder und Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (CDU) haben auf einer Konferenz in Dresden beschlossen, Messengerdienste genauso zu behandeln wie Telefonate und SMS. Es gab auch einen Beschluß, die Altersgrenze zur Abnahme von

Fingerabdrücken von 14 auf 6 Jahre zu senken, um Mehrfachidentitäten in Asylverfahren zu vermeiden.

Quelle: FAZ 16.6.17

Die von der Bundesregierung geplante ausgeweitete Überwachung von verschlüsselten Internet-Telefonaten und Chats ist jetzt prinzipiell beschlossene Sache: Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD haben sich auf einen Änderungsantrag zu einem Gesetzentwurf geeinigt, mit dem das Strafverfahren "effektiver und praxistauglicher" werden soll.

Mit der Initiative können Staatstrojaner ein gängiges Instrument auch zur Verfolgung alltäglicher Kriminalität werden. Sie soll am Mittwoch den Rechtsausschuss des Bundestags passieren und im Hauruckverfahren noch Ende der Woche im Parlamentsplenum mit der Mehrheit der Regierungsfractionen verabschiedet werden. Das Bundesverfassungsgericht hatte derlei Wanzen für Computer und Mobilgeräte zunächst nur zur Abwehr konkreter Terrorgefahren durch das Bundeskriminalamt (BKA) freigegeben und eigens ein neues "Computer-Grundrecht" etabliert.

Schwarz-Rot hat die ursprüngliche "Formulierungshilfe" aus dem Haus von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) trotzdem fast nur noch redaktionell überarbeitet. Die Koalition stellt zudem im Gesetzestext nun klar, dass bei der Quellen-TKÜ nur "die laufende Telekommunikation" oder vergleichbare "Inhalte und Umstände" wie bei der klassischen Telefonie abgehört werden dürfen. Als Voraussetzung gilt der weite Straftatenkatalog aus Paragraf 100a StPO

https://www.gesetze-im-internet.de/stpo/_100a.html

, der mehr oder weniger "schwere Delikte" umfasst, die von Hochverrat über Mord und Totschlag bis zu Steuerhehlerei, Geldfälschung, Computer- oder Sportwettbetrug reichen. Auch in diesem Katalog für die "akustische Wohnraumüberwachung" finden sich aber Delikte wie Banknotenfälschung, Geldwäsche oder "Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornografischer Schriften". Der Einsatz beider neuen Kompetenzen muss von einem Richter genehmigt werden.

Eingebaut hat die Koalition das Vorhaben in einen Entwurf, mit dem eigentlich ein Fahrverbot für Straftäter verhängt werden können soll. Aufgrund dieses verfahrenstechnischen Tricks gelangte der Plan nicht in den Bundesrat, die Länder konnten dazu also nicht Stellung beziehen. Mit Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht ist zu rechnen. Bis dort nach Jahren ein Urteil fällt, kann die Polizei aber grundsätzlich bereits ihre staatlichen Hackerfähigkeiten ausprobieren.

Hartmut Pohl, Sprecher für Datenschutz und IT-Sicherheit der Gesellschaft für Informatik (GI), bezeichnete es als "völlig unverständlich", dass der Plan "ohne öffentliche Diskussion im Eilverfahren auf ein bereits laufendes Gesetzgebungsverfahren 'draufgesattelt' werden" solle. Er stelle einen "unverantwortlichen Eingriff dar", der es Sicherheitsbehörden ermögliche, Unternehmen und Bürger ohne ihr Wissen auszuspionieren. Die vorgesehenen Schranken seien in der Realität technisch kaum umsetzbar.

<https://www.heise.de/newsticker/meldung/ueberwachung-koalition-macht-staatstrojaner-zum-polizeilichen-alltagswerkzeug-3748014.html> 20.6.17

Der Bundestag hat den Weg für die umstrittene Überwachung von Messenger-Diensten wie WhatsApp freigemacht. Die Daten sollen dabei vor der Verschlüsselung oder nach der Entschlüsselung abgegriffen werden. Die Daten sollen dabei direkt auf den Geräten vor

der Verschlüsselung oder nach der Entschlüsselung abgegriffen werden. Dafür müssten die Behörden sogenannte Staatstrojaner auf der Technik installieren. Die Verschlüsselung soll nach Bekunden der Bundesregierung nicht angegriffen werden.

In dem Gesetz ist in allgemeiner Form davon die Rede, dass „mit technischen Mitteln in von dem Betroffenen genutzte informationstechnische Systeme eingegriffen wird“.

Ermittler können demnach Staatstrojaner auch bei Straftaten wie Mord, Totschlag, Steuerhinterziehung oder Geldfälschung einsetzen. Bisher waren sie zur Terrorbekämpfung zugelassen. Das Gesetz wurde mit den Stimmen der großen Koalition gegen den Widerstand der Opposition beschlossen.

Der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele kritisierte in der Aussprache auch das Verfahren, in dem die Überwachungspläne in Form einer Gesetzesänderung eingebracht wurden. „Das ist ein Hau-Ruck-Verfahren, das unzulässig ist, wenn es darum geht, ein Gesetz zu machen, das mehr als damals der große Lauschangriff in die Grundrechte der Bürger eingreift“, sagte er.

Bettina Bähr-Losse von der SPD betonte in der Bundestagsdebatte den Bedarf an der geplanten Telekommunikationsüberwachung auf den Geräten. „Es ist einfach Unsinn, wenn sich die Arbeit der Ermittler nicht daran orientiert, wie die Täter heute agieren“, verteidigte auch Elisabeth Winkelmeier-Becker von der CDU/CSU-Fraktion das Gesetz.

<http://www.elektronikpraxis.vogel.de/themen/embeddedsoftwareengineering/softwarekomponenten/articles/618606/?cmp=nl-95&uuid=F6030878-9D46-F4AB-EA9329A1F3335B9E>
23.6.17

Damit wurde vom Bundestag das „Gesetz zur effektiveren und praxistauglichen Ausgestaltung des Strafverfahrens“ beschlossen. Damit dürfen Überwachungsbehörden Internettelefonate, Chats über Whatsapp oder Signal überwachen. Die Polizei erhält die Befugnis, bei Verdacht auf schwere Straftaten heimlich Computer und Smartphones auszuspähen. Das BKA will bis Ende 2017 einen neuen Staatstrojaner erstellt haben. Eingesetzt werden Keylogger, die alle Tastatureingaben aufzeichnen, speichern, manipulieren oder die Technik blockieren. Über einen manipulierten Router wird der Mitschnitt dann versendet.

Quelle: FAZ 12.9.17

Im Südosten Münchens wurde eine neue Bundesbehörde namens „Zentralstelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich“ (Zitis) eröffnet. Dort werden Hacker beschäftigt, die für die Polizei, das BKA, dem Verfassungsschutz bei der Überwachung von Telekommunikationstechnik helfen und Big-Data-Analysen durchführen. Der Bundesdatenschutzbeauftragten Andrea Voßhoff wurden angeforderte Informationen bisher nicht gegeben. Der Staat nutzt Sicherheitslücken z.B. in Smartphones aus, um in die Privatsphäre der Bürger einzudringen. Bisher arbeiten dort 17 Mitarbeiter. Bis 2022 soll Zitis 400 Beschäftigte haben. Leiter ist der bisherige Leiter der Abt. Technische Aufklärung beim BND Wilfried Karl.

Quelle: NOZ 14.9.17, FAZ 15.9.17

Strafprozeßordnung (StPO)

§ 100a Telekommunikationsüberwachung

(1) Auch ohne Wissen der Betroffenen darf die Telekommunikation überwacht und aufgezeichnet werden, wenn

1. bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand als Täter oder Teilnehmer eine in Absatz 2 bezeichnete schwere Straftat begangen, in Fällen, in denen der Versuch strafbar ist, zu begehen versucht, oder durch eine Straftat vorbereitet hat,
2. die Tat auch im Einzelfall schwer wiegt und
3. die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten auf andere Weise wesentlich erschwert oder aussichtslos wäre.

(2) Schwere Straftaten im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 sind:

1. aus dem Strafgesetzbuch:

a) Straftaten des Friedensverrats, des Hochverrats und der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates sowie des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit

b) Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern

c) Straftaten gegen die Landesverteidigung

d) Straftaten gegen die öffentliche Ordnung

e) Geld- und Wertzeichenfälschung

f) Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung

g) Verbreitung, Erwerb und Besitz kinder- und jugendpornographischer Schriften

h) Mord und Totschlag

i) Straftaten gegen die persönliche Freiheit

j) Bandendiebstahl

k) Straftaten des Raubes und der Erpressung

l) gewerbsmäßige Hehlerei, Bandenhehlerei und gewerbsmäßige Bandenhehlerei

m) Geldwäsche und Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte, wenn der Gegenstand aus einer schweren Straftaten herrührt,

n) Betrug und Computerbetrug

o) Subventionsbetrug

p) Sportwettbetrug und Manipulation von berufssportlichen Wettbewerben

q) Straftaten der Urkundenfälschung

r) Bankrott

s) Straftaten gegen den Wettbewerb

t) gemeingefährliche Straftaten

u) Bestechlichkeit und Bestechung

2. aus der Abgabenordnung:

a) Steuerhinterziehung

b) gewerbsmäßiger, gewaltsamer und bandenmäßiger Schmuggel

c) Steuerhehlerei

3. aus dem Anti-Doping-Gesetz:

4. aus dem Asylgesetz:

a) Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung

- b) gewerbs- und bandenmäßige Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragstellung
5. aus dem Aufenthaltsgesetz:
 - a) Einschleusen von Ausländern
 - b) Einschleusen mit Todesfolge und gewerbs- und bandenmäßiges Einschleusen
 6. aus dem Außenwirtschaftsgesetz:
 7. aus dem Betäubungsmittelgesetz:
 8. aus dem Grundstoffüberwachungsgesetz: Straftaten nach § 19 Abs. 1
 9. aus dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen:
 - 9a. aus dem Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz:
 10. aus dem Völkerstrafgesetzbuch:
 - a) Völkermord nach § 6,
 - b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach § 7,
 - c) Kriegsverbrechen nach den §§ 8 bis 12,
 - d) Verbrechen der Aggression nach § 13,
 11. aus dem Waffengesetz

Fipronil in Eiern

Die niederländische Firma „Chickenfriend“ hat sich darauf spezialisiert, im großen Stil Betriebe mit Legehennen zu reinigen. Dazu benutzte sie „Dega-16“ aus Eukalyptusöl, dem auch das Gift Fipronil der Firma BASF beigemischt wurde, das in der Nutztierhaltung verboten ist. Damit sollen Parasiten wie die rote Vogelmilbe bekämpft werden. Von dort gelangte es in die Eier, die auch nach Deutschland verkauft wurden. Auch in deutschen Hühnerställen wurde das illegale Mittel eingesetzt.
Quelle: FAZ, 3.8.17

Bahnverkehr

2016 wuchs der Verkehrsmarkt insgesamt um 1,7%, der Luftverkehr wuchs um 3,2%, der Bahnverkehr wuchs um 4% im Personenverkehr. Im Güterbahnverkehr sank der Marktanteil der Bahn um 0,4%. Der Marktanteil der Straße lag bei 71,4%. Der Marktanteil der Bahnwettbewerber auf der Schiene stieg etwas auf 40,9% gegenüber DB Cargo.
Quelle: FAZ 10.7.17

EU-Ökoverordnung

Die neue Ökoverordnung, die die EU-Kommission 2014 vorschlug, will die vielen Ausnahmen für den Ökolandbau aufheben. Die Pestizidgrenzwerte für Bioprodukte sollten in der gesamten EU gelten, damit die Importkontrollen vereinheitlicht werden können. Dagegen protestieren die Ökolandbauverbände, da Biofutter und Biosaatgut manchmal nicht zu bekommen sei. Da eine Einigung scheiterte, kann nun jeder Mitgliedstaat weiter eigene Pestizidgrenzwerte festlegen.
Quelle: FAZ 14.6.17

Kinder

In Deutschland werden seit einigen Jahren wieder mehr Kinder geboren. Nach einem Tiefpunkt von 663.000 Geburten im Jahr 2011 hat sich die Zahl bis 2015 wieder auf 740.000 erhöht. Das waren etwas mehr als halb so viele Geburten wie in den 1960er Jahren des Babybooms. Mehrkindfamilien sind seltener geworden. 1970 hatten in Westdeutschland 15-20% der Familien 3 oder mehr Kinder. Danach sind es nur noch etwa 10%. Dies ist der größte Anteil an der Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahrzehnte. Nach Ansicht des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) sollte die Familienförderung daher in den Blick nehmen, wie sich den Familien die Entscheidung für ein drittes oder viertes Kind erleichtern läßt. Den größten Nutzen hat der Staat von Kindern, die Akademiker werden (bis zu 400.000 Euro). Bleibt das Kind ohne Berufsabschluß zahlt der Staat bis zu 300.000 Euro drauf.

Quelle: FAZ, 8.9.17

Arktis

Eine neue geologische Studie ergab, daß der Schelfeis- und der Gletscherrückgang vor allem durch warmes Tiefenwasser zustande kommt. Das arktische Eis schmilzt von unten. Allein im Amundsenmeer können die Gletscher so viel Eis verlieren, daß ihr komplettes Abschmelzen den Meeresspiegel um 1,2m ansteigen ließe.

Quelle: VDI nachrichten 14.7.17

Emissionen von Diesel-Fahrzeugen

Mit Softwareupdates sollen die Stickoxidemissionen verringert werden, indem die Verbrennungstemperatur abgesenkt wird. Damit steigen aber auch der Dieserverbrauch an sowie die AGR-Ventile und Partikelfilter verschleißten früher, da mehr Ruß entsteht. Damit steigt auch die Feinstaubbelastung weiter. Hinzu kommt, daß die Fahrzeughalter die Kosten für neue Partikelfilter und AGR-Ventile bezahlen müssen, ein SCR-Kat müßte der Fahrzeughersteller bezahlen. Die Kosten dafür liegen höher als für einen neuen SCR-Kat. Hinzu kommt, nach einem Softwareupdate emittieren die Diesel immer noch etwa 600 mg NOx/km. Der Grenzwert liegt für Euro-6-Fahrzeuge bei 80 mg NOx/km. Fahrverbote müssen Städte erlassen, wenn an 35 Tagen im Jahr der EU-Grenzwert von 50 µg Feinstaub pro m³ Luft überschritten wird.

Quelle: VDI nachrichten 11.8.17